

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehsolidarisch Ende März
2022

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

der von Putin und seinem Machtsystem gewollte Krieg bringt auch nach mehr als einem Monat weiter unfassbares Leid über die ukrainische Bevölkerung. Verglichen damit sind die Zumutungen für uns marginal.

Wirklich? Nein, so einfach lässt sich das nicht sagen. Die hiesigen Kriegsfolgen – neben wachsender Energie-Unsicherheit vor allem die enorm gestiegenen Preise – können Menschen mit schmalen Geldbeutel durchaus überfordern, darüber dürfen wir nicht hinwegsehen. Zielgenaue, gerechte Entlastung ist gefragt, auch für Rentnerinnen und Rentner, die vom jüngsten Entlastungspaket kaum profitieren. Es werden weitere Pakete

ankommen müssen. Die Sanktionen müssen diejenigen treffen, die getroffen werden müssen.

Völlig zu Recht war der Krieg das Hauptthema der letzten Plenarsitzung und bleibt er das Hauptthema der kommenden Zeit. Rico Gebhardt hat in seiner Rede zur Regierungserklärung am 23. März umfassend die Positionen unserer Fraktion dargelegt. Was sonst noch wichtig war, zeigt unsere aktuelle Rückschau.

Herzliche Grüße

Kevin Reißig, *Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Nichts schmälert die Schuld der russischen Machthaber
2. Konzerne angreifen und dauerhafte Energiepreis-Entlastung schaffen!
3. Lehrkräftemangel endlich langfristig und mit Wertschätzung bekämpfen
4. Umsetzungsfragen beim 9-Euro-Ticket schnell klären!
5. #mehrbrauchtmehr: Gute Kita-Löhne bezahlbar machen!
6. Mehr Beinfreiheit für die Kommunen
7. Familienpass: Koalition spitzt die Zunge, pfeift aber nicht
8. Weiter viele rechte Straftaten
9. Schutzsuchende brauchen eine Gesundheitskarte
10. Öffentliche Strukturwandel-Datenbank einrichten!
11. Rückt die Richteranklage gegen Jens Maier näher?
12. Auch das gibt's

Nichts schmälert die Schuld der russischen Machthaber

Die März-Plenarsitzung stand zu Recht im Zeichen des Krieges gegen die Ukraine. LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt hat mit klarer Haltung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten reagiert. Er sprach über die Kriegsschuld, eigene Fehleinschätzungen, die enorme Hilfe für die Kriegssopfer, den Aufrüstungswahn, Ziele bei



der Energieversorgung und Fehlleistungen des Ministerpräsidenten. [Hier](#) gibt es die Zusammenfassung als Text, hier auch [als Video](#). Die Langfassung der Rede gibt es [hier](#).

Konzerne angreifen und dauerhafte Energiepreis-Entlastung schaffen!



Der Landtag hat auch über die Energie- und Spritpreise debattiert – seitdem Benzin und Diesel massiv verteuert worden sind, interessiert sich sogar die CDU dafür, dass das Leben immer teurer wird. Wir hatten schon im Oktober [Entlastung gefordert](#), die dauerhaft sein muss und nicht nur sofort wirksam wie das Entlastungspaket der Bundesregierung. Das heißt: [ran an die Konzerne, Preise staatlich kontrollieren, Einkommen](#)

[erhöhen](#) – auch indem die [Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zurückgezahlt werden](#). Hier gibt es einen [Video-Ausschnitt](#).

Lehrkräftemangel endlich langfristig und mit Wertschätzung bekämpfen

Bei der Plenarsitzung ging es auch um den anhaltenden Lehrkräftemangel, [zu dessen Bekämpfung wir Vorschläge gemacht haben](#). Der bliebe auch bestehen, wenn alle freiwerdenden Stellen nachbesetzt werden könnten, was nicht der Fall ist. Die Aufgaben



sind riesig und nur zu bewältigen, wenn endlich langfristige Personalplanung betrieben, die Lehramtsausbildung insgesamt und in den Regionen ausgebaut und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Wer Lehrkraft werden will, soll nicht Aussicht auf Überlastung, sondern Aussicht auf Innovation und Freiheit bekommen.

Umsetzungsfragen beim 9-Euro-Ticket schnell klären!



Bus184, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Es ist richtig, öffentlichen Nahverkehr günstig anzubieten – wir kämpfen schon lange für sinkende Preise und sogar entgeltfreie Modellprojekte. Daneben muss der Ausbau der Verbindungen im Mittelpunkt stehen. Insofern begrüßen wir den Schritt der Bundesregierung, wenigstens für drei Monate günstig das Mitfahren zu ermöglichen. Verkehrsminister Dulig muss schleunigst die offenen Fragen klären. Wenn Bus und Bahn ein nutzerfreundliches und kostengünstiges

Gesamtangebot werden sollen, müssen aber mittel- und langfristige Konzepte her.

#mehrbrauchtmehr: Gute Kita-Löhne bezahlbar machen!

Derzeit laufen die Tarifverhandlungen für die Sozial- und Erziehungsberufe. Wir haben das zum Thema einer Aktuellen Debatte gemacht – nicht, weil wir uns einmischen wollten (das geht gar nicht), sondern um die Beschäftigten unserer Solidarität zu versichern. Außerdem liegt es in der Hand des Freistaates, einen guten Abschluss zu ermöglichen: Denn nur wenn



er die kommunalen und freien Träger entsprechend bezahlt, können die Einkommen und Arbeitsbedingungen besser werden. Genau das fordern wir.

Mehr Beinfreiheit für die Kommunen



Wenn Kreistage und Stadträte ihre Haushalte aufstellen, wird oft darüber geschimpft, dass der Freistaat seine Kommunen finanziell austrocknet. Zwar ist immer Geld da, aber es reicht stets nur, um den großen kommunalen Flächenbrand zu verhindern. Trotzdem riecht es ständig und überall verkokelt, weil es zahlreiche Schwelbrände gibt. Wir müssen die Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat und seinen

Kommunen neu ordnen und den Kommunen mehr Mittel geben, über deren Verwendung sie frei entscheiden können.

Familienpass: Koalition spitzt die Zunge, pfeift aber nicht

Der Sächsische Familienpass ermöglicht den kostenlosen Besuch von Museen, Burgen, Schlössern und dergleichen. Gerade ärmere Menschen müssen derzeit stark im Freizeit- und Erholungsbereich kürzen, weshalb wir den Pass allen Familien zugestehen wollen, die mindestens ein Kind haben. Bisher sind die Hürden höher. Die Koalition hat jetzt auf unsere



Forderung reagiert und im Landtag einen [Antrag](#) zur Abstimmung gestellt – allerdings erteilte sie der Staatsregierung nur einen Prüfauftrag, wie der Familienpass weiterentwickelt werden kann. [Warum setzt sie nicht einfach unsere Vorschläge um, statt Aktivität vorzutäuschen?](#)

Weiter viele rechte Straftaten



2021 hat die Polizei sachsenweit erneut mehr als 2.000 rechtsmotivierte Straftaten registriert. Die Zweitausender-Marke wird bereits seit einem halben Jahrzehnt stetig überschritten. Mindestens 47 Menschen wurden dabei verletzt – etwas mehr als 2020, als es 44 Verletzte gab. [Auch bei den judenfeindlichen Straftaten gibt es einen neuen beschämenden](#)

[Rekordwert](#). Der Fahndungsdruck muss weiter erhöht werden! Bei der Erfassung rechter Straftaten [bahnt sich derweil Unsinn an](#), der auch bei der [Präsentation der Kriminalitätsstatistik](#) absehbar wurde.

Schutzsuchende brauchen eine Gesundheitskarte

Wenn wir krank sind, gehen wir in die Arztpraxis – wir haben ja unsere [Gesundheitskarte](#). Geflüchtete Menschen haben oft keine und müssen einen Behandlungsschein beim Sozialamt beantragen, über den dann Beschäftigte ohne medizinischen Hintergrund entscheiden. Auch die geflüchteten Kriegsoffer aus der Ukraine haben bisher einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung. [In Sachsen soll es jetzt Bewegung](#)



Lumu (Diskussion), Public domain, Wikimedia Commons

geben, allen Personen die Gesundheitskarte zu gewähren, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Wir fordern das schon lange!

Öffentliche Strukturwandel-Datenbank einrichten!



Hobbitchuster, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Die Linksfraktion fordert eine Datenbank, um alle sächsischen Projekte des Strukturwandels übersichtlich darzustellen. Die Öffentlichkeit muss jederzeit nachvollziehen können, was in den Kommunen passiert: Welche Projekte laufen, wie weit sind sie fortgeschritten, was kosten sie? Aktuelle Zahlen und Daten findet man derzeit weder auf der

Seite des Regionalministeriums noch auf der Seite der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung. Brandenburg macht das viel besser.

Rückt die Richteranklage gegen Jens Maier näher?

Zwischenzeitlich versah der Rechtsextremist Jens Maier wieder seinen Dienst – am Amtsgericht in Dippoldiswalde. Nazis gehören aber höchstens vor die Richterbank, keinesfalls auf die Richterbank. Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat ein Rechtsgutachten vorgestellt, das empfiehlt, eine Richteranklage anzustrengen. Der Landtag müsste mit den Stimmen von zwei Dritteln seiner Mitglieder das Bundesverfassungsgericht anrufen, um Maier vom Richterstuhl zu entfernen. Das würde an der Linksfraktion nicht scheitern, neben



Sarah Hina, flickr.com, CC BY-NC 2.0

den Grünen ist auch die SPD dafür. Was macht die CDU? Indes hat das Richterdienstgericht Maier aus dem Dienst entfernt, allerdings nur vorläufig.

Auch das gibt's

Die CDU-Fraktion hat sich offen gegen den Ministerpräsidenten gestellt und seinen Plan abgelehnt, angesichts hoher Krankenstände auch nach dem 3. April mehr als nur wenige Corona-Basischutzmaßnahmen zu ermöglichen, wenn die Lage das erfordert. Dazu müsste der Landtag einen entsprechenden Beschluss fassen, die größte Regierungsfraktion verweigert das. Wir hatten bereits im Oktober 2021 vermutet, dass Kretschmer sich immer öfter in seiner eigenen CDU-Fraktion nicht durchsetzen kann. Souveränes Regieren sieht anders aus.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)